

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1677

"Aus den Lannen" Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 8 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum 15 Holzkosten, die Restzeile 45 Holzkosten. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 77

Altensteig, Samstag den 2. April

1927

Zur Lage.

Durch englische und amerikanische Meldungen aufgepeitscht, daß man in Europa im fernsten Osten schon ein riesiges Kriegesfeuer entzündet. Wie war es denn? Die südhinesische Armee hat mit einer noch vor kurzem unerwarteten Schnelligkeit die Millionenstadt Schanghai genommen. Die englische Presse meldete darauf Chaos, Tumult, Mord und Brand! Tatsache ist, daß schon nach wenigen Tagen die Ordnung in Schanghai und Umgegend wiederhergestellt war, und daß sogar zum Gedächtnis Sunatzens dicht vor den Toren der französischen Niederlassung eine Gedächtnisfeier stattfinden konnte, an der 50 000 Chinesen teilnahmen, ohne daß Unordnung oder störende Zwischenfälle vorgekommen sind. Gleichzeitig konnte der englische Korrespondent des "Daily Telegraph" mit französischen Offizieren die gerade von den Kantontuppen besetzte Chinesenstadt durchwandern, ohne daß seinem kritischen Auge sich Bilder boten, die der bösartigen Kritik der englischen Presse Nahrung gegeben hätten. Flüchtende Nordtruppen waren die einzigen, die in ihrer Angst versuchten, in die Sicherheit der internationalen Niederlassungen zu gelangen. Sie ließen sich freiwillig entwaffnen oder wurden totgeschossen. In der Fremdenniederlassung in Schanghai, die sich so gern das Paris des Fernen Ostens titulieren läßt, amüsiert man sich und lacht weiter. Trotz dieses Tatbestandes, der aus "englischen" Zeitungen rekonstruiert ist, findet man nur Hohn und Beschimpfung für die südhinesische Armee, die objektiv betrachtet eine große Aufgabe mit der Eroberung Schanghais erfüllt hat und sich auch, wie nicht zu leugnen ist, nach der Eroberung nicht schlechter benommen hat als andere Armeen, die eine Schlacht gewonnen haben. Der traurige Zwischenfall in Nanking, der sieben Europäern das Leben kostete, hat ebenfalls Anlaß gegeben, in Sausch und Bogen die südhinesische Armee als eine Horde von Barbaren zu verurteilen. Aber heute steht, da merkwürdigerweise genaue Berichte fehlen, noch nicht einwandfrei fest, wer die Attentate auf die Europäer ausgeübt hat. Sicher ist, daß von einem vorbereiteten, von höherer Stelle inszenierten Angriff auf die Europäer keine Rede sein kann. Unmöglich ist, daß der Oberkommandierende der südhinesischen Armee, hat sich sofort nach dem Nanking Zwischenfall nach Schanghai begeben und Fühlung mit den Vertretern der Fremdmächte in Schanghai genommen. Er hat über den Zwischenfall in Nanking sein Bedauern ausgesprochen und die Versicherung abgegeben, daß er für Leben und Sicherheit der Europäer in Schanghai die Garantie übernehme. Der General hat ferner erklärt, daß es nicht die Absicht der südhinesischen Regierung ist, die internationale Niederlassung in gleicher Weise wie in Hankau mit Gewalt zu nehmen, sondern daß der Übergang der Fremdenniederlassungen in China auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen erfolgen soll. Dem Vorwurf, daß die Volksbewegung in China bolschewistischer Charakter trage, weist er zurück, doch läge es weder in seinem Sinne noch in seiner Macht, politisch anders denkende, auch Kommunisten, die mit ihm gemeinsam am Freiheitskampf Chinas beteiligt sind, zurückzuweisen. Durch die Ergebnisse in Nanking, die zuerst gänzlich falsch dargestellt wurden, ist in Schanghai unter den Fremden eine Panik entstanden. Aus dieser Angstpsychose heraus richteten Amerikaner, Japaner und andere ausländische Gemeinden Telegramme an ihre Regierungen, in denen sie ein schärferes Vorgehen gegen die Chinesen forderten. Man darf diesen Äußerungen, die in der hitzigen Atmosphäre Schanghais und in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse entstanden sind, keine politische Bedeutung beilegen. Wenn der Fremdenniederlassung in Schanghai überhaupt eine Gefahr droht, dann kann sie nur in der Niederlassung selbst, in der 800 000 Chinesen wohnen, gefunden werden. Diese Gefahr ist aber geradezu heraufbeschworen durch die ablehnende Haltung der englischen Regierung gegenüber der südhinesischen Regierung. Dabei überschätzt die englische Presse Englands Machtstellung in Schanghai. Mit dem Monat April beginnt die heiße Zeit im Yangtse-Delta, und in ihrem Gefolge treten jährlich epidemische Krankheiten auf. Die Ansammlung von 20 000 Mann in dem kleinen Gebiet von Schanghai muß allmählich eine sehr unbehagliche Lage schaffen, die durch einen möglichen Generalsstreik und durch einen Boykott des Lebensmittelmarktes unentzerrlich werden wird. Soweit die Darstellung der chinesischen Wirren nach einer sachkundigen Abhandlung der D. A. Z.

daß in Albanien eine dauernde Militärkontrolle eingeführt werden soll. Andererseits gehen die Italienschen und serbischen Tendenzen und Forderungen weiter. So wird neuerdings aus Belgrad berichtet: In dem kroatischen Susak kam der Präfeldt Kaluzi an, der früherer Rabinetschef Ahmed Zogus war, aber sein Vertrauen verloren hat und geflüchtet ist. Das zeigt natürlich der Glaubwürdigkeit seiner Äußerungen enge Schranken. Er erklärte in einem Interview, Ahmed Zoga habe von Italien 15 Millionen Lire für den Tirana-Vertrag erhalten. Albanien sei mobilisiert. 13 Jahressklassen seien eingezogen worden. Unausgeseht werde italienische Munition ausgeschifft und tausend italienische Militärs befänden sich in Jostfeldern in Albanien. Noch halte sich Ahmed, aber der Zustand müsse kommen. — Demgegenüber dementiert der Belgrader albanische Gesandte kategorisch die Meldung von einer Mobilisierung. Es handle sich nur um die jährliche Rekruteneinzugung.

Der dritte Krisenherd, das Verhältnis von Rußland und England, hat in dieser Woche wenigstens keine neuen Verschärfungen aufzuweisen. Doch bleiben die politischen Beziehungen gespannt. Wesentlich bestimmt werden die Verhältnisse durch die Vorgänge in China.

In Genf tagt der Ausschuh des Völkerbundes zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz. Man hat dort eine Woche über die Theorien gestritten. Drei Vorschläge liegen den Beratungen zugrunde, ein englischer, der rein mechanisch und zahlenmäßig vom Bestand der Friedensheere Abstriche machen will. Ferner steht der französische Vorschlag im Vordergrund, der die gesamte Macht eines Staates für den Kriegsfall in die Abrüstung einbeziehen will. Endlich hat dieser Tage auch Italien seine Meinung kundgegeben; es ist für proportionale Abrüstung, d. h. es will erst seine Rüstung auf die Höhe Frankreichs bringen und dann gleichmäßig die Abrüstung durchführen. Eine Einigung kann es so natürlich nicht geben. Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, klüfte sich auf den Versailler Vertrag und forderte allgemeine Abrüstung nach dem Muster Deutschlands. Aber der belgische Vertreter Braundere warnte, den Versailler Vertrag in die Debatte zu ziehen, man könne auf dem Festland Europas die allgemeine Wehrpflicht nicht aufheben. Also bleibt man im Völkerbund wie bisher vertragsbrüchig!

Daß zu gleicher Zeit im Deutschen Reichstag der Haushalt des Wehrministeriums beraten wurde, gab Anlaß, auch hier die Vorleistung zu streifen. Dr. Gehler begann seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Leider hat sich die Hoffnung, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Abrüstung durchgeführt werden würde, nicht erfüllt.“ Später hat er hinzugefügt: „Also entweder allgemeine Abrüstung oder wir müssen in die Lage versetzt werden, unsern Nachbarn gleich gerüstet gegenüberzutreten.“ Das ist wirklich der springende Punkt. Es konnte nicht Wunder nehmen, daß die Sozialdemokraten gegen Dr. Gehler einen Mißtrauensantrag eingebracht haben. Darüber hinaus haben sie außerdem noch die Streichung des Ministergehaltes selbst beantragt, das gewissermaßen eine verschärfte Form des Mißtrauensvotums ist. Beides würde abgelehnt. Die Frage, die in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen verschiedentlich erörtert wurde, nämlich ob der Reichswehrminister nicht selbst den Wunsch habe, aus dem Amte zu scheiden, läßt sich nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantworten. Der Tod seines zweiten und letzten Sohnes hat Dr. Gehler hart getroffen. Dr. Gehler findet zweifellos gegenüber den außerordentlich starken innerpolitischen Angriffen auf seine Person und seine Amtsführung einen großen Rückhalt an der Person des Reichspräsidenten, der gerade jetzt, wo die Reichswehr selbst in einer gewissen inneren Krise sich befindet, kaum einen Wechsel in der Leitung des zuständigen Ministeriums wünschen wird. Aus innerpolitischen Gründen würde Dr. Gehler kaum zu scheiden brauchen. Es ist also anzunehmen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt kein Rücktritt erfolgt.

Kun hat der Reichstag ein schwieriges Kapitel in Arbeit: die Fragen des Finanzgleiches und der Steuern. Man hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Kopf geschüttelt, daß Dr. Köhler zuerst weitere 1700 oder noch mehr Steuerbeamte anforderte und von den Regierungsparteien genehmigt erhielt. Freilich sollte gleichzeitig auch eine Vereinfachung der Finanzverwaltung, vielleicht ein Abbau von Finanzämtern durchgeführt werden. Das Ergebnis der Beratungen bleibt abzuwarten. Der Reichshaushalt konnte ohnehin nicht zum 1. April fertiggestellt werden. Ein Notgesetz für die Zeit bis 15. April soll die Ueberleitung zum neuen Haushaltsjahr bilden. Die finanziellen Sorgen sind diesmal a. Anfang des Rechnungsjahres erheblich größer als vor Jahresfrist. Die Defizitwirtschaft ist nahe gerückt

und darum muß man im Reichstag wohl noch etliche Millionen streichen, um wenigstens scheinbar das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Weiter verwunderlich ist dies nicht angesichts des Kriegslastenhaushalts, der heuer 2,5 Milliarden erfordert und dessen Belastung auf 4 Milliarden in den nächsten Jahren steigen wird.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben zu einer Vereinbarung bis Ende Juni geführt. Das Dunkel, das bisher über den Vorschlägen lag, die zwischen Ministerialdirektor Dr. Posse und den Vertretern der französischen Regierung vereinbart worden sind, hat sich etwas gelichtet. Es ist zu bedauern, daß die zuständigen deutschen Stellen nicht sofort den tendenziösen Meldungen der Pariser Blätter entgegengetreten sind, die, was an und für sich verständlich ist, bemüht waren, die vorzuschlagene Einigung in einem für Deutschland ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß, wenn wir den Franzosen ein Weinkontingent zugestehen, die Zollsätze etwa von 90 auf 15 Prozent herabgesetzt werden. Derartige Mittelungen der Pariser Presse sind direkt falsch. Deutschland gewährt nur die Meißbegünstigung, d. h. in der Praxis werden statt des autonomen Jolles von 90 Mark 45 Mark für Weißwein und 32 Mark für Rotwein erhoben. Uebrigens hat das von Frankreich Deutschland gewährte Kontingent einen Wert von zirka 60 Millionen Papierfranken. Davon entfallen auf den Maschinenbau 23 Millionen, auf Erzeugnisse der Elektrizitätsindustrie 17 Millionen und auf chemische Erzeugnisse 15 Millionen Franken. Dazu kommt noch ein gewisses Kontingent für Bier und Holzwaren. Aus diesen Zahlen ergibt sich bereits, daß wir bei dem Provisorium mit Frankreich gar nicht so schlecht fahren werden. Ueber die Abmachungen auf dem Gebiete der Weineinlage erfahren wir, daß Frankreich für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni dieses Jahres eine Einfuhrmenge von 65 000 Hektolitern Wein mit natürlichem Weingeistgehalt und von 5000 Hektolitern Dessert-, Verschnitt- und Vermuthweinen, insgesamt 70 000 Hektoliter, zugestanden worden ist. Die Menge liegt in der Mitte zwischen dem Monatsdurchschnitt von 1913 und dem der Nachkriegszeit bis 1925. Frankreich hat für die Dauer des gegenwärtigen Provisoriums eine Einfuhrmenge von rund 130 000 Hektolitern verlangt.

Neues vom Tage.

Tod des General von Weisberg am Bismarckdenkmal

Berlin, 1. April. Der Deutschnationale Landtagsfraktion ist soeben folgende Mitteilung zugegangen: „Gegen 12 Uhr ver sammelte sich eine kleine Gruppe von etwa 15 Herren, zumeist Angehörige des ehemaligen Offizierkorps der Deutschnationalen Volkspartei, am Bismarckdenkmal vor dem Reichstag. Der dabei befindliche, um das Vaterland hochverdiente General von Weisberg wurde durch einen jungen Schupo mann zum Weitergehen aufgefordert und in unerhörter Weise angefaßt. In der Erregung über diese am Geburtstag und vor dem Denkmal des größten Deutschen, dessen Gedächtnis zu Ehren er gekommen war, ihm angetane schmachvolle Behandlung erlitt der General einen Schlaganfall und wurde tot weggetragen. Die Deutschnationale Landtagsfraktion will im preussischen Landtag den Antrag stellen, daß der Minister des Innern sofort erscheint, um Auskunft zu geben auf folgende zwei Fragen: 1. Ist der Minister des Innern mit diesem rigorosen Vorgehen der Schupolizei einverstanden? 2. Hat die Schupo besondere Instruktion erhalten, um an Bismarcks Geburtstag vor dem Bismarckdenkmal auch stille vaterländische Kundgebungen zu verhindern, die keine Massenansammlungen sind und dagegen nicht als Verstoß gegen den Begriff der Bannmeile gelten können, während man internationalen Kundgebungen im allgemeinen den weitesten Spielraum läßt?“

Der Eindruck der Dawesdebatte in Amerika

Newport, 1. April. Die amerikanischen Blätter schenken der Reichstagsdebatte über den Dawesplan große Beachtung. Die Zeitungen stellen ausnahmslos die Einmütigkeit der deutschen Parteien fest, daß die Daweszahlungen eine untragbare Last darstellen. Die „New York Times“ unterstreichen, daß, während die Regierungenparteien nicht sprächen, alle Koalitionsredner um so schärfer die obige Feststellung zum Ausdruck brachten. Das deutsche Volk sehe in den Reparationen keine moralische Verpflichtung, sondern ein „Muß“, das der verlorene Krieg mit sich gebracht habe,

Der deutsch-französische Handelsvertrag

Berlin, 1. April. Wie das Wolff-Büro erzählt, wird die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter der Leitung von Ministerialdirektor Dr. Pöffe am Sonntag wieder nach Paris reisen, wo die Verhandlungen über den Hauptvertrag am Montag beginnen. In politischen Kreisen Berlins wird die erste Ansicht unterstrichen, zu einer endgültigen Regelung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen zu gelangen.

Ultimatum Englands an die Kantonregierung?

London, 1. April. „Daily Mail“ zufolge wurde in einer dringenden Sitzung des Kabinetts im Unterhaus zur Prüfung der Lage in China besonders der Ausschreitungen gegen Engländer in Hankow beschlossen, der kantonesischen Regierung eine Art Ultimatum zuzustellen, in dem Genehmigung für die Ermordung britischer Staatsangehöriger durch kantonessische Regierungstruppen verlangt wird. „Times“ meldet, die Frage der Genehmigung für die in Hankow durch kantonessische Truppen begangenen Verbrechen werden gegenwärtig zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan erörtert und es werde eine baldige Entscheidung erwartet. Die Gesandten der genannten Mächte in Peking hätten sich über die endgültigen Empfehlungen an ihre Regierungen geeinigt.

„Daily Herald“ über die Schwertung in der Chinapolitik

London, 1. April. Der diplomatische Korrespondent sagt, es werde handgreiflich klar, daß die Vorfälle in Hankow als Vorwand für eine völlige Abänderung der chinesischen Politik der Regierung benutzt werden sollen. Ueber den Charakter des eventuellen energischen Schrittes sei noch keine Entscheidung gefallen. Unter den Vorschlägen werden genannt die Behebung der Wukung-Forts und die Blockade aller Häfen, die von den Kantonesen besetzt sind.

Russische Geldpende für die Opfer der Hankinger Beschießung

Moskau, 1. April. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der allrussische Zentralgewerkschaftsrat überweist dem Schanghaier Gewerkschaftsrat 100 000 Rubel zugunsten der Opfer der Beschießung von Hankow.

Anleihe der Kantonese Regierung

Schanghai, 1. April. (Reuter.) Der nationalistische Finanzminister Soong versucht eine in fünf Monaten rückzahlbare Anleihe von 5 Millionen Dollar abzuschließen, für die als Sicherheit die Zuschlagszölle dienen sollen. Es wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Anleihe zustande kommen wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. April.

Der Kampf um den Finanzausgleich

Vizepräsident Graf Thüringen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des vorläufigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, ferner die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayerns und Badens in die Biersteuergemeinschaft.

Herr Graf Westers (Dn.) erklärt im Namen der Regierungsparteien, diese begrüßen den entschlossenen Willen des Finanzministers, bei der zukünftigen Gestaltung des Reichshaushalts eine größere Klarheit und Einfachheit herbeizuführen. Auch die Kassenführung soll vereinfacht werden. Die Reparationskosten machten sich immer im steigenden Maße fühlbar. Das Volk habe noch nicht den vollen Ernst der finanziellen Lage erkannt. Die Regierungsparteien bieten es für ihre Pflicht, nachdrücklich auf die Tragweite dieser finanzpolitischen Situation aufmerksam zu machen und darauf hinzuwirken, daß auf die Dauer das deutsche Volk die gegenwärtigen hohen Steuerlasten angesichts der Kriegs- und Inflationsverluste nicht tragen könne. Die Erhöhung der Einkommensteuer ist für Wein und Branntwein beschränkt. Für Bier sei die Grunderwerbsteuer aufrechterhalten, um eine stärkere Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Erhöhung der Biersteueranteile für die jüdischen Länder halten die Regierungsparteien für innerpolitisch und finanziell begründet, sie glauben, daß sie mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann. Die Parteien hoffen, daß es möglich sein wird, die große Erhaltungserform im Reich, Ländern und Gemeinden nach einheitlichen Gesichtspunkten recht bald durchzuführen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Preussischer Ministerpräsident Braun erinnert an die Bestimmung des Biersteuergesetzes, daß Änderungen dieses Gesetzes nur mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit erfolgen sollen. Hiernach habe er, daß bei der Berücksichtigung dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Reichstag wie im Reichsrat erforderlich sei. Hierzu kämen noch allgemeine Bedenken der preussischen Regierung gegen den Sonderausgleich für einzelne Länder. Zu diesem Zwecke solle der Reichshaushalt für dauernd mit rund 40 Millionen mehr belastet werden zugunsten von Ländern, deren Finanzlage nicht wesentlich unangünstiger sei als die der anderen Länder. Dagegen wolle man die Hilfe für die durch den Kriegsausgang besonders getroffenen Grenzgebiete festschreiben lassen. (Lebhaftes Hört, hört links.) Dadurch werde gegen den Grundgedanken der gleichmäßigen Behandlung aller Teile des Reiches verstoßen. Ein solches Vorhaben müsse in den durch den unglücklichen Kriegsausgang schwer betroffenen Gebieten berechtigte Erbitterung auslösen. Die preussische Regierung erhebt deshalb entschiedenen Widerspruch gegen diesen Finanzausgleich.

Sächsischer Gesandter Dr. Stadnauer erklärt, durch diesen Finanzausgleich solle einzelnen Ländern, darunter Sachsen ein Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer wegenommen und anderen Ländern zugeteilt werden. Die sächsische Regierung spreche in letzter Stunde die Erwartung aus, daß der Reichstag seine Hand zu Maßnahmen hoher Art nicht bietet.

Herr Dr. Herz (Sos.) beantragt, auf Grund dieser Erklärungen das Gesetz über die Erhöhung der jüdischen Biersteueranteile an den Ansohuh zurückzuverweisen.

Für den Antrag werden 117, gegen den Antrag 123 Stimmen der Regierungsparteien abgegeben. Das Haus ist also beschluß-

unfähig. Der Vizepräsident beraumt eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später ein.

In der wieder eröffneten Sitzung beantragt Abg. Fiedt (Wirtschaftl. Ver.) die Beratung der Vorlage über die Biersteueranteile zu vertagen, bis der Staatsgerichtshof entschieden habe, mit welcher Mehrheit diese Vorlage angenommen werden müsse. Der Antrag wird abgelehnt.

Bayrischer Staatsrat von Wolf weist darauf hin, daß die Frage des verfassungsmäßigen Zustandekommens des Gesetzes nach seiner Verabschiedung gerührt werden könne. Kampfstarke Juristen hätten bereits ein Gutachten dahin abgegeben, daß nicht jede Änderung des Biersteuergesetzes eine Verfassungsänderung sei.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Rückverweisung der Vorlage über die Biersteueranteile wird dann wiederholt. Sie ist namentlich. Der Antrag wird mit 189 gegen 163 Stimmen abgelehnt.

Es werden dann die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsfinanzministerium vorgenommen. Das Haushaltsgesetz wird genehmigt.

Es wird dann in die Aussprache zum Finanzausgleich eingetreten.

Herr Inake (Sos.) stellt fest, daß für den Finanzausgleich politische Erwägungen maßgebend waren. Die Interessen des Reiches sind gegenüber einzelnen denen einzelner Länder stark in den Hintergrund gedrängt. Die Sozialdemokratie lehnt diesen Finanzausgleich ab.

Herr Koenen (Komm.) sieht in dem Finanzausgleich den Ausdruck der inneren Widersprüche, die in den sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

Herr Fischer-Klein (Dem.) stellt fest, daß das Finanzausgleichsprojektorium, wie es die Regierungsmehrheit beschließt, durchgreifende Reichssteuererleichterungen unmöglich macht. Der Rechner verlangt völlige Befreiung der Gemeindevertragssteuer, Beschränkung des vorläufigen Finanzausgleichs auf ein Jahr und Steuererleichterungen beim Einkommensteuertarif. Die Demokraten lehnen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen ab, die sich aus den vorliegenden Kompromissen ergeben. Wir leben in den besorgniserregenden Verhältnissen der jetzigen Regierungslösung eine schwere Benachteiligung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Reichseinheit.

Reichsfinanzminister Dr. Brüder

betonte, daß der Haushalt nur unter schwersten Anstrengungen ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Es ist alles eingetroffen, was ich bezüglich der Ausgaben früher gesagt habe. Ich habe mich nur insofern geirrt, als ich die Uebernahme der Erwerbslosenfürsorge mit etwa 120 Millionen vorziehen zu können glaubte, während es sich einige Wochen später herausstellte, daß mit mindestens 250 Millionen Ausgaben für die Erwerbslosen- und Reisenerlöse zu rechnen sei. Ein Etat kann noch so gut aufgestellt sein, wenn plötzlich eine Viertelmilliarde auftaucht, die bisher nicht vorgesehen war, so wird der beste Etat dadurch ins Wasser gebracht und man wird nach Deduktionen streifen müssen, die man im übrigen gern in Ruhe gelassen hätte. Wir haben dann weiterhin in den Etat Ausgaben eingestellt, die sozialen Charakter tragen, wie Erwerbslosen-, Kleintrentner- und Invalidenfürsorge. Das sind neu aufgetauchte Ausgaben für die Deckung gefahrt werden müßte. Es wird wohl allgemein anerkannt, daß aus dem Reineren und mittleren Mittelstand 1927 nicht mehr viel herauszuholen sein wird. Ich habe aber einen trohen Teil der Aktiengesellschaften höher eingeschätzt. So kam ich zu den 27 Millionen. Wir haben dann Abweichungen vom Etat durch Abstriche vorgenommen, jedoch nur, um soziale Aufgaben, die erst neuerdings in diesem Umfang hervorgetreten sind, finanzieren zu können, so die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge, der Einkommen der Invalidenrentner usw. Diese Änderungen wurden also nicht aus militärischen, sondern aus sozialen Gründen vorgenommen. Ich glaube, es läßt sich recht fertigen, daß wir dann zunächst zur Herstellung des Gleichgewichts auf den Ueberfluß des Vorjahres zurückgegriffen haben. Das ist dem Betrage nach allerdings ein gewisses Plus, aber nach unseren Schätzungen werden wir einen Ueberfluß von ungefähr 200 Millionen erhalten. Endlich haben wir den Betriebsfonds bis zum höchstmöglichen Grade herangesogen. Ich habe weder im Ausschuss, noch hier irgend ein Wort darüber geäußert, daß jemand den Betriebsfonds aufgebraucht hätte. (Wärmende Zurufe links.) Ganz abwegig ist die Bemerkung des sozialdemokratischen Redners, daß jetzt der Anfang mit einer Pamwirtschafft gemacht sei. Im gegenwärtigen Etat ist für das Ordinarium keinerlei Pamwirtschaft vorgesehen. Daß wir das Extraordinarium auf Anleihe nehmen sollten, ist wohl schon 1926 die Meinung des Hauses gewesen. Wir müssen drüben, ob unser Steuerwesen den total anders gearteten Verhältnissen heute noch entspricht. Das Gesetz über die Realsteuern wird nicht erst im Oktober vorgelegt werden, sondern alsbald. Unsere Steuererleichterungen sollen nicht die Kapitalbildung unterbinden. Der Minister bittet das Haus dringend, das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung so rasch wie möglich zu erledigen. Ueber den 1. Oktober hinaus können wir die Erwerbslosenlasten nicht tragen. Das Reale- und Hausinsinstenverhältnisses wird in aller nächster Zeit dem Reichstag vorgelegt. Wir leiden immer noch unter einer Ueberspannung unserer Steuerlast und Steuerhöhe. 1926 wurden die Realsteuern gesenkt. Diesmal versuchen wir es mit der Senkung der Realsteuern. Ich hoffe im Laufe dieses Jahres auch die Verwaltungsreform in Angriff nehmen zu können. Daß die Regierung hinter den Vorschlägen der Koalitionsparteien steht, ist doch kein Geheimnis. Es handelt sich übrigens nur um einen vorläufigen Finanzausgleich. Auf weitestgehende Zurufe der Linken vermahnt sich der Minister energisch dagegen, daß man Zweifel in die Wahrhaftigkeit seiner Erklärungen setze. Eine Einschränkung der Finanzhoheit des Reiches liege in diesem Gesetz nicht. Partikularistische Tendenzen liegen mir, so erklärt der Minister, völlig fern. Ich halte es mit dem Wort Bismarcks: „Partikularismus ist eine Basis der Schwäche“. Von einem Willkürdiktator an die Länder sei keine Rede. Die höhere Garantie gälte nur der Realsteuererleichterung. Die Auffassung des preussischen Ministerpräsidenten von der Biersteuererleichterung ist nicht berechtigt. Die Grenzgebiete Preußens werden in keiner Weise geschädigt. In den letzten Tagen sind für die Zuschüsse 30 Millionen eingestellt worden; die Mittel für die Grenzgebiete wurden von 15 auf 25 Millionen erhöht. Die Abfindung anderer Länder, der Eisenbahn, Post usw. werde nicht hinter dem Rücken des Reichstags oder Reichsrats geregelt werden. Im übrigen erscheine die Erörterung solcher Dinge für die gesamte politische Lage wenig zweckmäßig zu sein. (Beifall.)

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 2. April 1927.

Bericht über die Gemeinderatsitzung am 30. März ds. Js. Abwesend: Gemeinderäte: Brenner, Kallenbach und Wäg. Ein Besuch der Kolonin K.G. Zweigstelle Stuttgart um Genehmigung zur Anbringung einer Benzinpistole auf fädt. Platz östlich des Gebäudes der Firma N. Fischer wird abgelehnt, da der Platz welcher als Anlage vorgesehen ist, frei bleiben muß. Wegen die Errichtung dieser Pistole westlich des Gebäudes wird soweit die Stadt in Betracht kommt, nichts eingewendet. — Die Wohnungsfreidankfall macht die Umwandlung eines fr. gewöhnlichen Mietvertrags in ein langfristiges niederverzinsliches Darlehen davon abhängig, daß die Stadtgemeinde, die volle, über die bürgerliche Ausfallbürgschaft des Wohnungsbürgerlichgesetz gehende Bürgschaft für einen früheren Vandalenschenspieler übernimmt, da die Belastung des Baugrundstücks eine zu hohe sei. Der volle Bürgschaft für das Darlehen der Wohnungsfreidankfall von 6000 M. wird übernommen, wenn sich die Legiere mit einer Bürgschaftübernahme für ein von der Stadt gemietetes Landdarlehen von 10 400 M. bereit erklärt. Ferner ist die Wohnungskreditanstalt bereit, den der Stadtgemeinde zur Errichtung des 4 Familien-Wohngebäudes an der Pöhlgrabenmeierstraße gemieteten Baugrundstück von 15 000 M. in ein langfristiges Landdarlehen unter den in einer besonderen Schuldurkunde enthaltenen Bedingungen umzuwandeln. Die Bedingungen werden angenommen und die Schuldenurkunden unterzeichnet. — Apotheker Theodor Schiller verweigert die Bezahlung des fr. St. zu Kosten der Instandhaltung des Platzes und der Troglege unterhalb der „Bümm“ vereinbarten Betrages, mit der Begründung der Platz sei noch nicht so befestigt, wie fr. St. besprochen worden sei. Es wird beschlossen, den Platz noch pflastern zu lassen, wenn Apotheker Schiller die Hälfte der auf ca. 80 M. veranschlagten Pflasterkosten übernimmt. — Der Trennhändler für die Marktabfindungsarbeiten würt. Gemeinden beantragte bisher die Aufwertung von 12 1/2 % zu Gunsten der Landesversicherungsanstalt und verlangte eine solche von 25 % bei 30jähriger Tilgungsdauer. Er will sich nun, nach dem die der Gemeinderat abgelehnt und um der unangünstigen Finanzlage der Stadt Rechnung zu tragen, mit einer Aufwertung von 20 %, und bei 30jähriger Tilgungsdauer zufrieden geben. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, nimmt aber in Höhe dieses Mehrbetrags der Aufwertung der U. R. A. gegenüber (etwa 7000 M.) eine Kürzung an der freiwilligen Aufwertung zu Gunsten der Landessparkasse von etwa 2000 M. und an derjenigen der allgemeinen Rentenanstalt eine solche von etwa 3000 M. vor. — Genehmigt wird ein Stammholzverkauf vom 28. März 1927 mit einem Durchschnittserlös von 145 %, Lore 24 316 M., Gelb 35 356 M. — In Sachen Gemeinderatverband Altensteig findet am 6. April in hiesigen Rathsaussaale eine nochmalige Verhandlung statt. Der von Herrn Oberamtmann Böttlinger aufgestellte und in der letzten Sitzung bereits eingetragene Antrag wird angenommen. — Hilfs- Schumann Knechtler, welcher am 31. März aus dem fädt. Diensten scheidet, sucht um Gehaltszahlung für den Monat April nach, da er angeblich während seiner Dienstzeit als Hilfsbuchmann erheblich weniger verdient habe, als wenn er als Hüter gearbeitet hätte. Das Gesuch wird einstimmig abgelehnt. Die Rückgabe der Kleidungsstücke wird, wie geübt, genehmigt. — Einem Antrag der Landarbeitnehmerin Steiger entsprechend wird während des Sommerferien in der Frauenarbeitschule eine Wand entfernt und hierfür eine Säule aufgestellt. Ferner soll der Boden erneuert und eine Tafel angebracht werden. — Ein Besuch der Frau U. G. Angeli aus Rogold um Ueberlassung eines Zimmers im unteren Schulhaus zwecks Erteilung von erprobtem Unterricht Wittwos nachmittags, wird ohne Anrechnung einer Entschädigung genehmigt. Ein Steuer-nachtragbescheid findet wegen den vorliegenden beamteten Verhältnissen Berücksichtigung. — Das Oberamt regt die Festsetzung einer Höchstsumme von 20 000 M. durch den Gemeinderat an, welche künftig von der Stadtkasse auf deren Giro-Konto bei der Stadt, Sparkasse nur im Einverständnis mit dem Gemeinderat und dem Oberamt über einverleibung werden darf. — Der vom Oberamt vorgeschlagene Höchstbetrag berücksichtigt die für die Stadtgemeinde in Betracht kommenden Verhältnisse nicht vollständig. Es wird daher beschlossen, denselben wie vorher auf 50 000 M. festzusetzen. — In Dreher-Wald werden 2 Km. Papierholz (Dreherholz) a 15 M., an Wolbichholz-Bäume 6 Km. Brennholz zum Taxpreis und an den Verein christlicher junger Männer 4 Km. Brennholz unentgeltlich, abgegeben. — Jakob Bühler, ausfahrender Tagelöhner wird ab 1. April 1927 der Arbeitnehmeranteil an den Krankenversicherungsbeiträgen auf die Stadtkasse übernommen. — Beratung eines Gegenstandes in geheimer Sitzung. — Der Finanzrat für das von der Stadt, Streuzentral der Stadtgemeinde gemietete Darlehen ist mit Wirkung vom 1. April 1927 ab auf 7 1/2 % pro Jahr ermäßigt worden. — Es wird Kenntnis genommen von der Vereinfachung des Herrn Forstmeister Birk Rogold zur Uebernahme der händigen Stellvertretung für den hiesigen fädt. Forstmeister. — Der Verkehrsbeschuss hat bei der Reichsbahndirektion Stuttgart beantragt, im neuen Fahrplan wieder den Zug 21 Rogold ab 10.05 Uhr, Altensteig an 10.55 Uhr nachmittags, an Stelle des Juges 19, Rogold ab 8.35 Uhr, Altensteig an 9.35 Uhr und zwar ohne daß die Stadt einen Zuschuß zu bezahlen hat, zu führen. Die Reichsbahn glaubt diesem Versuch nur entsprechen zu können, wenn für die Zeit vom 15. Mai bis 1. Oktober wieder ein Zuschuß von 200 M. geleistet wird. Zudem könnte der Zug 21 wegen Späterlegung des Juges 19, Rogold ab 10.20 Uhr in Rogold abfahren und in Altensteig um 11.10 Uhr eintreffen. Mit dieser Regelung würde eine erhebliche Verschlechterung der Zugverbindung eintreten; die Gewährung eines Zuschusses wird daher abgelehnt.

Der Bau der kath. Kirche schreitet hier rasch voran. Letzte Woche wurde die Kirche aufgerichtet, an die zugleich eine Wohnung angebaut wird. Letztere ist für den hier vorgesehenen Geistlichen bestimmt. — Erholungsurlaub der Beamten im Rechnungsjahr 1927. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt; Die Bekanntmachung des Staatsministeriums über den Erholungsurlaub der Beamten im Rechnungsjahr 1926 vom 7. April 1926 gilt auch für das Rechnungsjahr 1927. Danach erhalten die Beamten im Rechnungsjahr 1927 die der Regelung des Reiches entsprechenden Urlaubsjahre der beiden letzten Jahre. — Fahrplanänderungen. Auf den 1. April d. Js. tritt eine Reihe von Fahrplanänderungen ein, auf die wiederholt hingewiesen wird. Auf der Nebenbahn-Rogold Altensteig ist besonders zu beachten, daß Zug 2 wieder täglich verkehrt, Altensteig ab 5.00 Uhr vormittags; dafür fällt Zug 4, Altensteig ab 6.15 vormittags aus. — Liebenzell, 1. April. (Bedenkfeier) Die Liebenzeller Mission feiert jetzt 25 Jahre. Aus diesem Anlaß veranstaltet sie am Sonntag nachmittag im großen Saal des Missionshauses ein Bedenkfeier ihres Einzuges in Liebenzell. — Entlingen, 31. März. Dreher Mathias Augsburgener von hier trug einen schweren Sad von der Bühne herunter. Infolge eines Fehltritts stürzte er mit der Last die Stiege hinab. Dabei erlitt er eine Einknickung des Brustbeins und verschiedene Quetschungen.



Stuttgart, 1. April. (Vom Gemeinderat.) Der Gemeinderat genehmigte die Baulandsteuer für das neue Etatsjahr und nahm schließlich den Gesamtetat mit 46 gegen 10 Stimmen an. Oberbürgermeister Lautenschlager machte dann noch Mitteilungen über den in der Exerzierplatzfrage mit der Stadt Zuffenhausen abgeschlossenen Vertrag und betonte dabei, daß beide Städte die Bestrebungen wegen der Eingemeindung fortsetzen würden.

Arbeitsmarkt. Die günstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Arbeitsnachweisbezirk Stuttgart hat weiter angehalten. Am 22. März waren 3804 männliche und 1113 weibliche Unterfügungsempfänger vorhanden. Für den 20. März ergibt sich ein Stand von 3308 männlichen und 1018 weiblichen, insgesamt 4326 Erwerblosunterfügungsempfängern. In der Arbeitslosenversicherung standen 1237 Personen.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei. Die sozialdemokratische Partei von Württemberg-Hohenzollern hält ihre ordentliche Landesversammlung am Samstag, den 9. und am Sonntag, den 10. April hier ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte des Landesvorstandes und der Revisionskommission (Referenten Andreas Dreher-Stuttgart und Fritz Knapper-Seibronn), über die politische Lage im Reich (Abg. Erich Kohnmann) und über die politische Lage im Land (Abg. Fritz Göhring).

Zur Bischofswahl. Der Abg. Kergenthaler (Wfl.) hat an die Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet: Die Presse veröffentlicht den Inhalt einer Vereinbarung zwischen der Kurie und der württ. Regierung über die Bischofswahl in Rottenburg. Darnach sind durch das abgeschlossene Kompromiß wichtige Rechte preisgegeben worden: außer dem Vorschlagsrecht des Domkapitels, das auf den päpstlichen Stuhl übergegangen ist, wurde auch das Einspruchsrecht des Staates gegen die Vorschlagsliste nicht festgehalten. Ich bitte das Staatsministerium um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Ist das Staatsministerium bereit, über die geführten Verhandlungen und die getroffenen Vereinbarungen genaue Aufschluß zu geben? 2. Warum sind die Verhandlungen abgeschlossen worden, ohne den Landtag zuvor zu verständigen und seine Zustimmung einzuholen? 3. Ist das Staatsministerium bereit, bei den kommenden Verhandlungen mit der Kurie die bisherigen Rechte des Staates und des Domkapitels mit allem Nachdruck zu wahren?

Hortheim, O.A. Baihingen, 1. April. (Schadenfeuer.) Morgens vor 2 Uhr bemerkten Nachbarn des Weingärtners Tusch, daß aus seinem unter der Wohnung befindlichen Schuppen Rauch heraus kam. Bei näherem Nachsehen wurde der Ausbruch eines Feuers festgestellt, das infolgedessen von den Nachbarn gelöscht werden konnte, ohne größeren Schaden anzurichten. Die am Brandorte vorgefundenen Merkmale ließen keinen Zweifel darüber, daß der Brand vorzüglich gelegt wurde. Kurz darnach wurde die Einwohnerhaft durch Feueralarm gestört. In der Scheuer des Bauern Ernst Seiter und in einer Gemeindefeuer war Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr von Hortheim war rasch zur Stelle. Da auch noch Nachbargebäude bedroht waren, wurde der Löschzug Baihingen benachrichtigt. Die beiden Scheuern sind mit allen Borräten niedergebrannt.

Grözingen, O.A. Künzingen, 1. April. (Brand.) Zu dem Brandunglück ist noch zu berichten, daß damit ein großer Schaden am Bau, das Wahrzeichen unseres Städtchens, in Staub und Asche liegt. Außerdem verbrannten etwa 10 Schafe und ebensoviele mußten sofort geschert werden, da die Wolle zu großen angefangen hatte. Der Brandstifter Ernst Bettle, der ausgerissen war, ist nunmehr, nachdem er noch einen Diebstahl begangen hatte, bei dem ihm etwa 180 Mark in die Hände gefallen sind, im nahen Nachbarort Hardt verhaftet worden. Er soll die Tat bereits eingestanden haben.

Kentlingen, 1. April. (Schwerer Unfall.) Von dem von Gönningen hier ankommenden Zug wurde der Schreinerlehrling Adolf Jauer das linke Bein abgefahren.

Sempflingen, O.A. Kraich, 1. April. (In den Ruhestand.) Der hiesige Ortsvorsteher, Schultze Josef Doster, wird auf 1. Mai d. J. in den Ruhestand treten. Die Wahl des neuen Ortsvorstehers soll am 30. April stattfinden.

Heilbronn, 1. April. (Beschäftigung der Salinen durch den Finanzausschuß.) Das Salzwerk Kochendorf und die Salinenanlagen in Jagstfeld wurden vom Finanzausschuß des Landtages und Vertretern der württ. Regierung — an deren Spitze Finanzminister Dr. Döhlinger — einer eingehenden Beschäftigung unterzogen. Aus den Vergleichen mit anderen Anlagen ging hervor, daß die Siedeanlagen in Jagstfeld zum Teil technisch veraltet und auch hygienisch nicht mehr zeitgemäß sind. Im Interesse der Erhaltung einer realen Siedesalzproduktion ist deshalb die Erstellung eines Neubaus und der Einbau moderner Kesselfeuerungsanlagen unerlässlich. Die Kosten für die geplanten Gesamtbauarbeiten belaufen sich nach einer vorliegenden Denkschrift auf 1,8 Millionen, für den einstweilen durchzuführenden Teilbau auf 1,2 Millionen Mark, die vom Staat vorzuschließen, von der rentierenden Anlage jedoch zu verzinsen und zu amortisieren wären.

Waldsberg, O.A. Sulz, 1. April. (Mit abgehauener Hand tot aufgefunden.) Ein hiesiger Bürger, Vater mehrerer Kinder, ging am Dienstag vormittag in den Wald und ist nicht wieder zurückgekehrt. Am Mittwoch ist der Bedauernswerte, der an Schwermut litt, mit abgehauener Hand tot aufgefunden worden.

Ellershausen, O.A. Beutlich, 1. April. (Brand.) Gestern abend brach in dem großen Anwesen des Landwirts Rupert Köh, während die Kreisfeste im Gang war, infolge von Kurzschluß Feuer aus, das sich in kurzer Zeit auf das ganze Anwesen ausdehnte. Vieh und Fahrnis sowie das Mobiliar konnten größtenteils gerettet werden, während Getreide- und Futtermittel vernichtet wurden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Beratung des Auswärtigen Ausschusses. Die für Freitag, 1. April, angelegte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist wegen des frühen Beginns der Plenarsitzungen des Reichstages auf Donnerstag, den 7. April, verschoben worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen 1. die Stellung Deutschlands im albanischen Konflikt, 2. Deutschlands Politik in China und 3. deutsche Schiedsgerichtspolitik.

Neuwahlen in Schwertin. Im Landtag wurde der Gesetzentwurf über die einstweilige Regelung der Führung des Staatshaushalts 1927 angenommen und damit zugleich die Auflösung des Landtags am 12. Juni beschlossen. Die Neuwahlen sind auf den 22. Mai ds. J. angelegt worden.

Waffenfunde auf Groß-Schwülper. In der Villa eines Verwandten des Reichspräsidenten, Freiherrn von Kolbe, auf Groß-Schwülper, wurde eine völlig ergebnislos verlaufene Untersuchung auf verbotene Waffen vorgenommen. Die Untersuchung war auf Grund einer bei der Polizei erfolgten Anzeige angeordnet worden.

Ein spanisches Truppentransportschiff in Brand. Die Monats aus Gibraltar meldet, sind dort Rottsignale des spanischen Dampfers „Loreda“ aufgefunden worden, der mit Truppen an Bord in der Nähe der Inselgruppe Beles Gamera in Brand geraten ist.

Wollen Sie

über alles Wissenswerte rasch und gut unterrichtet sein, so dürfen Sie nicht vergessen, die

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“

zu bestellen. Die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ mit ihren vielen reichhaltigen Beilagen für alle Wirtschaftskreise, sowie dem Schwarzwälder Sonntagsblatt, das infolge seines gediegenen Unterhaltungsstoffes von vielen Familien gerne gelesen wird, darf in seinem Hause fehlen.

Bezugspreis 1,50 Mark im Monat

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenliste vom 31. März und 1. April

	Woch.	Brief	Woch.	Brief
Buenos Aires (100 Pes.)	1.780	1.784	1.780	1.784
Bombay (100 Rupee)	20.454	20.506	20.455	20.507
Hankow (100 Dollar)	4.211,5	4.221,5	4.212	4.222
Amsterdam (100 Gulden)	188,54	188,58	188,51	188,55
Brüssel (100 Belga)	58,54	58,58	58,54	58,58
Wien (100 Sch.)	19,28	19,37	19,815	19,805
Kopenhagen (100 Kronen)	112,37	112,45	112,37	112,45
Oslo (100 Kronen)	100,61	100,58	100,55	100,50
Paris (100 Francs)	16,70	16,74	16,70	16,74
Prag (100 Kronen)	12,498	12,508	12,498	12,508
Schweden (100 Kronen)	81,056	81,225	81,02	81,22
Spanien (100 Peseten)	75,49	75,57	75,71	75,80
Stockholm (100 Kronen)	112,78	112,97	112,51	112,60
Wien (100 Schilling)	59,24	59,25	59,24	59,25

Wirtschaftliche Wochenrückblick

Börse. In den letzten Tagen des letzten Monats lebten die erwarteten Quartalskäufe ein. Nachdem aber keinen beträchtlichen Umfang an der Börsebewegung. Me in der Dauerläufe von der Spekulation getragen war, fehlte die Beteiligung der außerhalb der Börse lebenden Kreise, die sich weitgehend Zurückhaltung auferlegten und abwarten wollten. Da zeitweilig auch die Spekulation zu Mattstellungen kam, war die Kursbewegung nicht einheitlich. Die Grundstimmung blieb aber fest, zumal man auch weiter mit reichlichem Notengeld rechnet. Die Weiterentwicklung wird ganz von der Entwicklung des Weltmarktes abhängen. Anzeichen der größeren Produktionsminderungen von Industrie und Handel und Landwirtschaft ist es immerhin fraglich, ob die augenblickliche Weltlage für die Weltwirtschaft bestehen bleiben wird.

Geldmarkt. Nach den ausbleibenden Vorbereitungen wird der Weltmarkt keine weiteren Schwierigkeiten mehr bereiten. Seit etwa einer Woche haben sich auch die Weltläufe nicht mehr weiter nach oben bewegt. Nicht sind sie sogar noch etwas billiger geworden. Der kurzfristige Geldmarkt war ausbleibend verlor. Tagesgeld war zu reichlich angeboten, daß es vielfach unmöglich war, es unterzubringen. Auch Auslandsmarkt ist reichlich angeboten. Heber die Weltwirtschaft kam sehr starkes Wechselmaterial heraus. Die Diskonture blieben mit der Uebernahme aber zurück, jedoch zeitweilig umliebe gar nicht hatten.

Produktenmarkt. Auf den Produktenmärkten war die Tendenz wieder fester. Namentlich Dater 100 im Velle an. da im Ausland Bedarf nach deutschen Daterorten besteht. Auch die kleineren Weltmengen aus Uebersee wirkten auf die Tendenz ein. Das Angebot aus dem Inland war immer noch spärlich. An der Stuttgarter Vandesproduktbörse blieben Dater und Stro mit 8 bzw. 4,5 Mark pro Doppelcentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 270 (loos 1), Roggen 256 (loos 9), Wintergerste 205 (loos), Sommergerste 243 (loos), Dater 210 (loos 4) Mark je pro Tonne und Mehl 30,50 (loos) Mark pro Doppelcentner.

Warenmarkt. Auf die Pelztiere und Kölner Bräuhärdchen ist jetzt die Branntweier Produktionsmenge gestiegen, die ebenso wie die anderen Waren einen deutlichen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Auch am Ansturm wird aus allen Branchen über einen besseren Geschäftsgang berichtet. Die Ergebnisse der Messen zeigen, daß die Entwicklung unserer Wirtschaft in aufsteigender Linie sich befindet. Auch die Sentung der Arbeitslosenverhältnisse zeigt schon die günstige Wirtschaftslage. Die deutsche Außenhandelsbilanz für Februar weist allerdings noch ein sehr ungünstiges Ergebnis auf. Die deutsche Industrie hat nicht einmal die Kosten des Fortschritts erreicht während die Einfuhr rückwärts liegt. Wenn diese Entwicklung sich weiter fortsetzt, wird sie eine schwere Belastung des Weltmarktes bedeuten.

Börsen

Berliner Börse vom 1. April. Nachdem die Ultimareaktion glatt verliefen ist, war die Börse an sich unternehmungskühler gestimmt. Die günstigen Nachrichten der Großbanken in ihren Monatsberichten über die Weiterentwicklung der Weltwirtschaft und der Konjunktur veranlaßten umfangreiche Kaufstränge des Auslandes und der Bankenspekulation, die um so härter auf die Kurse wirkten, als die Verrücktheit mit dem alten Monat abgelaufen waren. Es stellte sich erheblicher Materialmangel ein und es kam zu sprunghaften Kurssteigerungen auf fast allen Märkten.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 1. April. Weizen märk. 207-270, Roggen märk. 256-278, Gerste 214-242, Ha. 192-205, Dater märk. 206-214, Mehl loco Berlin 177-180, Weizenmehl 34,75-36,50, Roggenmehl 34,25-36, Weizenkleie 14,75, Roggenkleie 15, Bittererbsen 42-50, H. Sooleerbsen 30-32, Futtererbsen 29-31, Tendenz: noch lebend.

Folz

Schönmünzach, 1. April. Das Postamt Schönmünzach erhielt für Beiholz beim Verkauf am 31. März 1927: für Rothbuchen Scheiter 13.--, Rothb. 11.90, Anbruch 10.90; für Bl.-Anbr. 6.40, Nadelholz (Anbruch) 1. Kl. 11.10, 2. Kl. 9.--, Fichten und Tannenroll 3. Kl. 14.40; Nadelbrennholz Scheiter 12.00, Prügel 11.90, Anbruch 6.60, Weizenstroh Anbruch 55.--, Am., Brennholz 6.3-6 Am. Gefamteride 72.--, Am. = 130,9%, bzw. 7.626.50 Am. = 120 2/3.

Letzte Nachrichten.

Berurteilung französischer Soldaten wegen eines Eisenbahnanstoches.

Landau, 1. April. Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte heute die beiden französischen Soldaten Barille und Laffart, die im vorigen Jahre einen Eisenbahnanstoch bei Maxau verübt hatten, in dem sie schwere Dienen auf die Schienen legten, zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Einbruch in ein Postamt.

Magdeburg, 1. April. Nach einer Meldung der „Magdeburger Tageszeitung“ ist in das Postamt Jesnitz in Anhalt heute ein Einbruch verübt worden, bei dem den Tätern Werte von insgesamt über 17000 Mark in die Hände fielen. Für die Ergreifung der Täter und die Wiederherlangung der Wertgegenstände ist eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt worden.

Explosionsunglück in Bremen.

Berlin, 2. April. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Hamburg explodierte in der Werft der „H. G. Weser“ in Bremen glühender Schrott. Dabei wurde ein Teil des Daches der Werkstat beschädigt, und 3 Arbeiter wurden durch umherfliegende Eisenteile schwer verletzt.

Der französische Dreimaster „Louis Pasteur“ verloren. Paris, 1. April. Die Havas aus Cherbourg meldet, ist der Dreimaster „Louis Pasteur“, der infolge des Sturmes im Kanal auf ein Felsenriff aufgelaufen war, verloren. Die Leichen des Kapitäns und von 3 Mann der Besatzung sind geborgen worden. Die übrigen 4 Mann der Besatzung werden vermißt.

Instruktionen Coolidges an den Vertreter Amerikas in China.

Newyork, 1. April. Evening World erfährt, Präsident Coolidge habe den amerikanischen diplomatischen und konsularischen Beamten in China die Anweisung erteilt, Washington nicht weiter mit militärischer und imperialistischer Propaganda zu überschütten. In der Instruktion soll die feste Entschlossenheit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommen, daß die Gewehr der amerikanischen Soldaten die Kräfte nicht beschleichen sollen, wodurch die Vereinigten Staaten gezwungen würden, „das Spiel europäischer Politiker im fernem Osten zu spielen“. Die Vereinigten Staaten werden das dem chinesischen Gesandten in Washington gegebene Versprechen halten, an keiner militärischen Aktion gegen China teilzunehmen.

Enthebung Tschanghaifseks vom Oberbefehl?

Schanghai, 1. April. (Reuter.) Es geht das Gerücht, daß der Oberbefehlshaber der nationalchinesischen Truppen, Tschanghaifsek, von der nationalchinesischen Regierung des Oberbefehls entbunden worden ist.

Druck und Verlag der W. Krieger'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig L a u f.

Die sparsame Hausfrau verwendet Maggi's Würze

denn wenige Tropfen machen dünne Suppen, Fleischbrühe, Gemüse und Soßen sofort wohlgeschmeckend und bekömmlich. Vorteilhaftester Bezug in großen plombierten Originalflaschen zu RM. 6.50. Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze



Gewerbeschule Altensteig.

Am Sonntag, den 3. April sind die

Schülerzeichnungen

im Saal der Gewerbeschule zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt. Lehrern und Freunde der Schule werden hiemit geziemend eingeladen. Saalöffnung 11-6 Uhr.

Der Vorstand.

Am 1. Mai beginnt in der

Städt. Frauenarbeitschule ein neuer Kurs

im Hand-, Maschinen- u. Kleidernähen. Anmeldungen werden vom 4.-8. April von 2-5 Uhr in der Frauenarbeitschule entgegengenommen.

Die Lehrerin: L. Steiger.

Steinzeugtöpfe

zum Einlegen von Eier empfehlen

Bech & Ziegler, Altensteig.



Hans Schmidt, Altensteig Kleiderstoffe

in allen modernen Farben zu äußerst billigen Preisen. — Stets Neuheiten

Altensteig-Dorf
Geschäfts-Empfehlung
 Der verehrl. Einwohnerschaft von hier und Umgebung bringe ich hiemit zur Kenntnis, daß ich ab 1. April eine **Schuhmacher-Werkstatt** für Maßarbeit und Reparaturen im Hause des Herrn Hans Kern an der Straße nach Ueberberg, eröffnet habe und bitte bei Bedarf um geneigten Zuspruch.
Philipp Höhn
 Schuhmacher.

Ebhausen.
 Verkäufe am Mittwoch den 6. April, nachmittags 1 1/2 Uhr
4 ostfranzösische Milchkühe
 sowie einen 18 Monate alten
Zuchtfarren, Gelbscheck
 Kleiner.

Nagold
Bieh-Verkauf
 Kommen den Montag, von morgens 8 Uhr ab haben wir wieder eine große, frische Auswahl schöne, trüchtige **Kalbinnen** in unseren Stallungen in Nagold zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Zuschliebhaber einladen.
Friedrich Kahn und Max Lassar.

Ein wüchsiges Zucht-Rind
 verkauft Wer? sagt die Geschäftsstelle des Battes.
Gestorbene:
 Calw: Gottlieb Beigel, geb. Wagner, 78 J.
 Wenden: Christine Großmann geb. Waidelich, 37 J.
 Langenalb: Frau Marie Friederike Ochs, geb. Fauth, 32 J.
 Grüntal: Anna Desterle, gest. im Katharinenhospital in Stuttgart, 21 J.
 Suzenbach: Eva Maria Finkbeiner, geb. Finkbeiner, 66 J.

Egenhausen.
 Einen schönen, zur Zucht geeigneten 15 Monate alten **Zarren** (Gelbscheck) setzt dem Verkauf aus
Jacob Welter, b. Dörsen.

Gewaltiger Preisabbau!
 Burgsmüller-Werke
 KJELIENSEN Nf.

Altensteig
 Zwei kräftige **Jungen**
 die die Möbelschreinerer erlernen wollen, finden Lehrstelle bei
Emil Fätker,
 Möbelfabrik, Tel. 75.

Böfingen.
 Einen jüngeren **Knecht**
 nicht unter 16 Jahren sucht
 Rentstier, Gemeindepfleger.
 Ein der Schule entlassenes ehrliches

Mädchen
 zu Kindern aufs Land gesucht. Von wem? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Berneck
 Verkäufe meine gut erhaltenen, 9 Meter lange **Scheuer**
 auf den Abbruch
Wilhelm Bauer.

Altensteig.
 Ein größeres Quantum **Heu u. Stroh**
 kann abgeben
 Ehnis, Straßenwart.

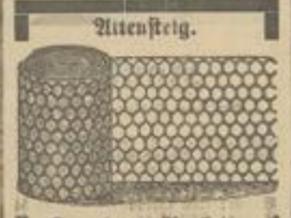
Saat-Kartoffeln
 (Industrie)
 2. Abfaat
 gibt noch ab
Walz, Gaugenwalz.

Ihre Möbel
 ob poliert, lackiert oder gebeizt werden wieder wie neu durch Auffrischen mit **„Kival“** dem pat. unschädl. Möbelauffrischungsmittel.
Altensteig: Schwarzwald-Drögerie, Wöwendrögerie

Einen tadellos erhaltenen **Kindertwagen** sowie einen **Sportwagen** mit Verdeck hat preiswert zu verkaufen. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Grüner Baum
Sichtspiele
„Die Rantzaus“
 Ein Bauernfilm nach dem gleichnamigen Roman von Erkmann-Chatrian
 Sonntag Nachm. 3 Uhr
 Sonntag Abend 8 Uhr 20 Min.

Hübsche Schürzen
 in großer Auswahl
Chr. Krauss.



Altensteig.
Drabtgeflechte
 4 und 6edig.
 Stacheldraht, Spann- u. Bindendraht, Galten, Drahtspanner, Drahtkette, Leistenägeln
 Schloffer, Niegel, Falten, Klodenbänder, Scharniere, Schlemper, Vorhangschloffer
 empfiehlt billigt
Henßler
 Eisenwarehandlung.

Kirchliche Nachrichten
 S. Zabita, 3. April, Vormittags-Gottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über Joh. 8, 46-59. Lied 107. Anschließend Konfirmandenabendmahl. Nachm. 2 Uhr Christenlehre mit den Neulokonfirmierten. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
 Am Mittwoch Abend fällt die Bibelstunde aus.

Methodistengemeinde.
 Sonntag, den 3. April, vormittags 9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst, (Herr Läßle - Calw), vorm. 11 Uhr Sonntagschule, abends 8 Uhr Predigt.
 Montag 8 1/2 Uhr: Frauen-Missions-Stunde.
 Mittwoch, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Ettmannsweller, den 2. April.
Zodes-Anzeige
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Gatten, unseren lieben Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Schwager **Adam Kern sen.** nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 75 1/2 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.
 Um stille Teilnahme bitten:
 Die trauernde Gattin:
Katharine Kern geb. Blach
 mit Angehörigen.
 Beerdigung Montag Mittag 2 Uhr.

Böfingen.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Groß- und Schwiegermutter und Tante **Frau Christine Rapp Witwe** geb. Welker erfahren durften, für die vielen Kranzspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte von nah und fern sagen herzlichen Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Wenig gebrauchtes, tadellos erhaltenes **Elchen- u. Nussbaum- Piano** sowie ein ebensolches **Harmonium** äußerst preiswert unter Garantie bei bequemster Teilzahlung abzugeben
F. J. Ackermann
 Pianofortefabrik
 Stuttgart, Silberburgstraße 136.

Hans Schmidt, Altensteig Kragen, Cravatten

in modernen Formen Taschentücher, farbige Schürzen

